

Fratzscher, Marcel

**Article**

## Es gibt keine Euro-Krise

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Fratzscher, Marcel (2013) : Es gibt keine Euro-Krise, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 15, pp. 52-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/74425>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Marcel Fratzscher, Ph.D., ist Präsident des DIW Berlin.  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Es gibt keine Euro-Krise

Hauseigentümer deponieren den Schlüssel nicht selten unter der Türmatte, um Freunden in ihrer Abwesenheit Zugang zu gewähren. Wenn ein Freund dies missbraucht und die Speisekammer leer isst, mag der Eigentümer fahrlässig gewesen sein, die Verantwortung für das Fehlverhalten liegt jedoch beim Besucher. Diese Analogie beschreibt die gegenwärtige europäische Krise recht treffend. Alle Mitglieder der Eurozone haben mit dem Euro einen Schlüssel zum europäischen Haus erhalten, sind ihrer damit verbundenen Verantwortung jedoch nicht gerecht geworden. Medien und Politik reden immer häufiger von einer „Euro-Krise“, und versuchen im Euro die Ursache der Krise zu finden. Dieses Argument ist jedoch grundfalsch und stellt die Fakten auf den Kopf.

Die Krise Europas hat vier Facetten: eine Schuldenkrise des Staates, eine Bankenkrise, eine Krise der Wettbewerbsfähigkeit und eine institutionelle Krise. Einige Mitglieder haben sich durch günstige Finanzierungsbedingungen dazu verleiten lassen, ihre private und öffentliche Verschuldung auszuweiten und dadurch ihre Volkswirtschaften in eine Schieflage gebracht. Wieso soll der Euro für dieses Verhalten verantwortlich gewesen sein? Er hat ein Fehlverhalten sicherlich erleichtert. Aber die Verantwortung liegt auf der politischen Seite. Die Krise in Europa weist auch keines der typischen Kennzeichen einer Währungsunion auf, ganz im Gegenteil: Der Euro war vor der Krise nicht überbewertet und bleibt in der Krise äußerst stabil und im internationalen Vergleich fair bewertet. Deshalb hat der Euro bisher sogar eine noch tiefere Krise verhindert. Investoren haben netto kein Kapital aus der Eurozone abgezogen, und damit hat die globale Rolle des Euro einen Anstieg der Zinsen für die öffentlichen und privaten Haushalte und Firmen, und dadurch deren Zusammenbruch, verhindert.

Als weiteres Argument gegen den Euro wird häufig ins Feld geführt, die Länder der Währungsunion seien zu unterschiedlich für eine gemeinsame Währungs- und Geldpolitik. Dies ist das dritte falsche Argument, das auf einem naiven Lehrbuch-Modell eines optimalen Währungsraums beruht. Der Punkt ist, dass kein Währungsraum jemals ein „optimaler“

Währungsraum ist. Dies gilt für die Eurozone wie auch für die USA. Und selbst die Bundesrepublik Deutschland war und wird von der Wirtschaftsstruktur her nie ein optimaler Währungsraum sein.

Deutschland hat in den letzten 25 Jahren zwei Währungsunionen durchlebt. Die deutsche Währungsunion 1990 hat zwei Volkswirtschaften zusammen gebracht, die sehr viel unterschiedlicher waren als jene Staaten, die sich 1999 zu einer europäischen Währungsunion zusammengeschlossen haben. Trotzdem hat man die deutsche Währungsunion umgesetzt – die mit einer massiven Aufwertung im Osten einherging und zudem zu einem zu hohen Umrechnungskurs stattfand. Im Vordergrund stand der Gedanke, dass eine Integration durch eine gemeinsame, stabile und glaubwürdige Währung sehr viel schneller und leichter vollbracht werden kann. Die wirtschaftliche Anpassung in Ostdeutschland war für viele Menschen sehr hart. Aber sie war die ungleich bessere Option als zwei Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Währungen, auch weil sie mit politischer Union, Finanzmarktunion und Fiskalunion einherging. Dieser innerdeutsche Prozess der Integration und Konvergenz dauert noch an, und in der Tat mag es nie eine volle Konvergenz zwischen Bundesländern und Regionen geben. Aber stellen wir deshalb die deutsche Währungsunion in Frage? Wieso hinterfragen wir dann heute den Euro und die europäische Währungsunion? Die Erfahrung der deutschen Währungsunion zeigt, dass ausschließlich der politische Wille entscheidend dafür ist, ob die europäische Währungsunion ein nachhaltiger Erfolg wird. Dies erfordert mehr Koordinierung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene, vor allem in den Bereichen von Finanzmärkten, Banken und Fiskalpolitik, selbst wenn eine volle politische Union nicht möglich und auch nicht notwendig ist.

Es gibt keine Euro-Krise. Der Euro ist nicht Ursache, sondern Opfer der Krise und wird als Sündenbock nun für die Verfehlungen der Politik verantwortlich gemacht. Er ist der Schlüssel für den erfolgreichen Bau des europäischen Hauses, den wir besser sichern und auf Dauer wahren sollten.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
80. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.